
Vorstoss-Nr: 036-2012
Vorstossart: **Interpellation**

Eingereicht am: 01.02.2012

Eingereicht von: Grimm (Burgdorf, Grüne) (Sprecher/ -in)
Hofmann (Bern, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit:

Datum Beantwortung:
RRB-Nr:
Direktion: BVE

Birgt das Kohlekraftwerk Wilhelmshaven spezielle technische und finanzielle Risiken?



Die BKW FMB AG ist mit 33 Prozent (ca. 280 MW) am im Bau befindlichen Steinkohlekraftwerk Wilhelmshaven beteiligt. Gemäss deutschen Medienberichten stehen zurzeit fast alle neuen Steinkohlekraftwerke, die sich im Bau befinden, vor einer technischen Problematik: Der im Heizkessel eingesetzte Stahl (sog. Typ T24, Produktionsfirma Hitachi Power) weise an den Schweissnähten eine verminderte Belastungsfähigkeit aus. Pressehinweisen zufolge (u. a. Spiegel vom 26.6.2011) müsse mindestens an einigen Kraftwerken ein Stahlwechsel vorgenommen werden, was mit erhöhten Kosten, zeitlicher Verzögerung und einem verminderten (<46 %) Wirkungsgrad verbunden sei. Auch für das Kohlekraftwerk Wilhelmshaven ist dieser Stahl geliefert worden.

Im jüngsten BKW-Analyst's-Report vom September 2011 – einer Firmenpräsentation für Investoren – schätzen auch die BKW die Inbetriebnahme des STK Wilhelmshaven neu auf Anfang 2013; an der BKW-Generalversammlung und in früheren Analyst's Reports wurde sie noch auf 2012 geschätzt. Für den Klimaschutz ist diese Verzögerung erfreulich. Was den finanziellen Erfolg der Investition betrifft, ergeben sich aber Risiken, die zu den jährlich fast 4,5 Millionen Tonnen CO₂ hinzukämen.

Obschon die offizielle Politik der BKW FMB AG aufgrund der Unvereinbarkeit mit der Klimapolitik des Kantons Bern keine neuen fossil-thermischen Kraftwerke vorsieht, hält die BKW den 33-Prozent-Anteil an Wilhelmshaven aufrecht. Auch die Ablehnung des CO₂-Gesetzes durch Nationalrat und Verwaltungsratspräsident Urs Gasche offenbart einen klaren Widerspruch zur offiziellen bernischen Energiestrategie.

Die Problematik mit dem maroden Stahl könnte jedoch trotz vertraglichen Vereinbarungen mit der federführenden GDF Suez eine Möglichkeit bieten, aus dem Steinkohlezeitalter in der Energieproduktion auszusteigen und die Investitionssumme in eine klimafreundlichere Stromproduktion umzulenken.

Wir bitten den Regierungsrat als Vertreter des Mehrheitsaktionärs und Mitglied des Verwaltungsrates der BKW FMB AG, in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten.

1. Kann die Regierung die Medienberichte in Deutschland über den maroden Stahl in Wilhelmshaven inhaltlich bestätigen?
2. Mit welcher baulichen Zeitverzögerung rechnet die BKW FMB AG?
3. Mit welchem Wirkungsgrad rechnet die BKW FMB AG, falls der T24-Stahl durch ein anderes Material ersetzt wird?
4. Muss mit einem höheren CO₂-Ausstoss pro Kilowattstunde gerechnet werden, wenn ein tieferer Wirkungsgrad erzielt wird? Wenn ja, um wie viel?
5. Welche Zusatzkosten entstehen für die BKW im Falle eines Materialwechsels?
6. Planen die BKW, die vertraglichen Anpassungen zu prüfen, um daraus Möglichkeiten eines Ausstiegsszenarios aus dieser Beteiligung abzuleiten?
7. Wie bewertet die Regierung die Ablehnung des neuen CO₂-Gesetzes durch Nationalrat und BKW-Verwaltungsratspräsident Gasche aus Sicht der eigenen Klimaziele?
8. Wären die Kosten, um aus dem Vertrag mit GDF Suez / dem STK Wilhelmshaven auszusteigen, für die BKW markant höher als die Wertberichtigungen, die sie derzeit für die schlechten Ertragsaussichten bei fossil-thermischen Kraftwerken machen muss?
9. Erwägt der Regierungsrat als Vertreter der Mehrheitsaktien und als Verwaltungsrat darauf hinzuwirken, dass – sollte der Unterschied zwischen den notwendigen Wertberichtigungen und den Ausstiegskosten unwesentlich sein – die BKW aus ihrem Engagement in Wilhelmshaven aussteigen?